

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**  
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 26. September 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Ein Weck- und Kampfruf

**I**n der Nr. 37 der „Gewerkschaft“ hat der Verbandsvorstand zu einer großen Werbeaktion aufgerufen, die in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres durchgeführt werden soll. — Dieser Aufruf hat eine zweifache Bedeutung. Er mahnt die Unorganisierten, nun endlich aus der Reserve herauszutreten und sich in Reih und Glied mit den gewerkschaftlich organisierten Berufsgenossen zu stellen. Ohne daß wir auf das statistische Zahlenwerk der letzten Berufszählung zurückzugreifen brauchen, ergibt eine bloße Umschau in unserem Organisationsgebiet das Vorhandensein noch vieler Zehntausender unorganisierter Berufskollegen. Vor allem bieten die Betriebe im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe noch ein reiches Agitationsfeld. Nicht minder ist das der Fall in der Hauswirtschaft, der Schifffahrt und den Reichs- und Staatsbetrieben, kurzum bei allen Berufsgruppen, die unserer Organisation angeschlossen sind. Im Kreise der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gibt es keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß manches verhindert worden wäre und die soziale Stellung der Arbeiterklasse heute eine ganz andere sein könnte, wenn die Arbeiterschaft immer einig und geschlossen aufgetreten wäre. Leider ist das in der Vorkriegszeit und auch nach der Staatsumwälzung bis auf den heutigen Tag nie der Fall gewesen.

Wenn jetzt unter dem Druck der Wirtschaftskrise der Arbeiterschaft manche eroberte Position wieder entzogen worden ist, dann wird das gewiß von uns allen bitter empfunden, und Proteste, die laut werden, sind dann durchaus zu verstehen. Aber in der Regel sind die lautesten Schreier diejenigen, die am wenigsten für die Eroberung der verlorengegangenen Positionen getan haben, die auch keinen Finger krümm gemacht haben zur Verteidigung des schon Errungenen und die auch jetzt immer noch zögern, irgendeine Anstrengung zu machen, um das Verlorene wiedergewinnen. Das Wort von Karl Marx besteht zu Recht: „Die gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse besteht in ihrer Zahl, die aber gebrochen wird durch ihre Uneinigkeit.“ Unermüdbare Aufklärungsarbeit an den Unorganisierten ist deshalb eine unabwiesbare Notwendigkeit im Betriebe! Suchen wir sie auf in ihren Wohnungen! Alle Verbandskollegen sollen und müssen mithelfen, damit das gesteckte Ziel unserer Werbeaktion: „Die Betriebe unseres Organisationsgebietes von dem Hemmschuh des Indifferentismus zu befreien“, erreicht wird.

Den Sinn eines Kampfrufes hat der veröffentlichte Aufruf des Verbandsvorstandes insofern, als er sich mit Entschiedenheit gegen die Vorstöße des Unternehmertums und mit aller Schärfe auch gegen die radikalen Hezupostel von Hakenkreuz und Sowjetern wendet.

Es ist noch gar nicht so lange her, da haben die Kommunisten die Unorganisierten als Klassenbewußte und revolutionäre Arbeiter gefeiert, während sie die organisierten Arbeiter als Sozialfaschisten beschimpften. Uebrigens wird diese Methode ja auch heute noch praktiziert. Inzwischen ist die KPD, soweit versumpft, daß sie sich sogar ganz offen in eine Reihe mit dem edlen Trio Hitler-Hugenberg-Selbte gestellt hat. Damit ging die politische Ver lumpung der KPD, soweit, daß nichts mehr übrig bleibt, wessen sie sich nunmehr noch zu schämen brauchte. Den Kommunisten liegt der Vorwurf

des Arbeiterverrats immer sehr lose auf der Zunge. Wir aber fragen: War das kommunistische Bündnis mit den Hitler- und Stahlhelmfaschisten beim Volkentscheid in Preußen nicht Hochverrat an den Arbeiterinteressen?! Ist es nicht Verrat an den Klasseninteressen der Arbeiterschaft, in einer Zeit, wo die Geschlossenheit der Gewerkschaften nötiger ist als jemals, gegen die Gewerkschaften zu wühlen, die Beitragssperre zu propagieren und zur hellen Freude aller Scharfmacher die ohnmächtigen Kramläden der RGO. aufzuziehen?! Die RGO. schreit nach der proletarischen Einheitsfront — aber schon die Mißgeburt ihres Daseins ist genau so wie diejenige der KPD. eine neue Zersplitterung der Arbeiterklasse. Wir fragen weiter: Ist es nicht Arbeiterverrat, die Arbeiter in aussichtslose Streiks und sinnlose Putzschabenteuer hineinzuhetzen und die Opfer solcher wahnsinnigen Aktionen dann kalthergig ihrem Schicksal zu überlassen? Fürwahr, wenn irgend jemand, dann haben es die KPD. und ihre RGO. verwirkt, andere des Arbeiterverrates anzuklagen!

Die RGO. zetert über die „Lohnabbauergewerkschaften“. Nun, wenn die RGO. sich gegen den Lohnabbau wehren will, dann Sorge sie zunächst einmal dafür, daß die unter kommunistischem Einfluß stehenden bzw. der KPD. gehörigen Zeitungsbetriebe nicht so brutal mit dem Lohnabbau vorgehen, wie das in Berlin geschehen ist.

Die RGO.-Strategen haben sich veranlaßt gesehen, auch einen „roten Einheitsverband der Seeleute“ und einen „Einheitsverband der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter“ aufzuziehen. Die Spalter sind also auch innerhalb unseres Organisationsgebietes an der Arbeit. Nun, es wird dafür gesorgt werden, daß auch diese Pflanzen aus dem kommunistischen Jrgarten nicht allzu üppig ins Kraut schießen. Wir sind überzeugt, daß unsere Kollegenschaft draußen im Lande freudig die Kampsparole des Aufrufes des Verbandsvorstandes aufgreifen wird: Fort mit den Zerstörern der Arbeiterbewegung! Rücksichtsloser Kampf jenen gewissenlosen Elementen, die in einer Zeit des schwersten Abwehrkampfes, den die deutsche Arbeiterschaft jemals zu führen hatte, die wirkliche Einheitsfront des Proletariats, die Einheit und Geschlossenheit der freien Gewerkschaften anzutasten wagen.

Es gilt, alle Kräfte mobil zu machen und zum Gegenstoß zu sammeln. Mag die Reaktion noch so sehr auf die Hilfstruppen spekulieren, die ihr in den faschistischen Hakenkreuzhaufen und den RGO.-Leuten erstanden sind, sie wird sich am Ende doch täuschen. Die in den Gewerkschaften geschulte Arbeiterschaft läßt sich nicht mehr unter das abgeworfene Sklavenjoch vergangener Zeiten zurückwerfen, bloß um den kapitalistischen Profit zu retten. Wir wollen heraus aus der Krise mit samt ihrer Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit. Wir kämpfen für die Demokratisierung der Wirtschaft, weil wir die Ueberwindung des kapitalistischen Menschenausbeutungssystems und seine Ersetzung durch den Sozialismus wollen. Trotz der Irrungen und Wirrungen unserer Zeit wird das zielbewußte Millionenheer der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in zäher Gegenwehr und mit unerschütterlicher Entschlossenheit den groß angelegten Angriff der Arbeiterfeinde zu Boden schlagen. Getragen von dieser Zuversicht rüsten wir mitten in der Abwehr zu einer neuen Offensive! Darum stärkt unsere Kampffront!

**Werbt für den Gesamt-Verband!**

## 30 Jahre Gewerkschafts-Internationale

Am 21. August 1901 kam die erste Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Kopenhagen zustande. Auf Vorschlag von Carl Legien wurde beschlossen, zur Verständigung über internationale Gewerkschaftsfragen Konferenzen einzuberufen, die von den Sekretären der Landeszentralen besetzt werden sollten; allgemeine Fragen sollten indessen auf den sozialistischen Kongressen erörtert werden. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wurde als internationale Zentralstelle bestimmt. So war es eine Selbstverständlichkeit, daß Legien internationaler Sekretär wurde.

Die zweite Konferenz fand 1902 in Stuttgart statt. Man kam überein, daß eine Zentralstelle die ständige Verbindung zwischen den Gewerkschaften der einzelnen Länder aufrecht erhalten sollte. Die Arbeiterschaft interessierende Gesetze, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen sollten durch gute Übersetzungen zugänglich gemacht, eine Statistik geführt und die gegenseitige Unterstützung bei Arbeitskämpfen geregelt werden.

Von einer einheitlichen Auffassung internationaler Zusammenarbeit war man aber noch weit entfernt. Auch die wenig erfreuliche Konferenz in Dublin (1903) trug nicht dazu bei, die Schwierigkeiten zu beheben. Es wurde aber schon erreicht, daß nur Deutsch, Englisch und Französisch offizielle Sprachen wurden. Zur Deckung der Unkosten waren die Landeszentralen verpflichtet, pro 1000 Mitglieder 6 englische Pence zu zahlen.

Der vierten Konferenz in Amsterdam (1905) lag zum erstenmal ein gedruckter Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1903 vor. Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien, Ungarn und Victoria (Australien) hatten offiziell ihren Anschluß an das Internationale Sekretariat zur Kenntnis gebracht. Legien forderte, daß „ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.“ Diesen Antrag brachte Legien ein, weil die Franzosen die Behandlung der Fragen des Generalstreiks und des Antimilitarismus wünschten, wofür der internationale Sozialistenkongreß zuständig war.

Auf der Konferenz in Oslo (1907) werden Bulgarien und Serbien als neue Mitglieder genannt. Die Geldeingänge waren aber so minimal, daß die deutsche Gewerkschaftszentrale dem internationalen Sekretär einen Extrabeitrag von 3000 Mk. zur Deckung seiner Verpflichtung übergab. Die Hauptkosten verursachte der alljährliche Bericht. Der Konferenz ging ein Briefwechsel mit den Franzosen voraus, die wiederum die Fragen Generalstreik und Antimilitarismus auf die Tagesordnung gesetzt wissen wollten. Dem konnte entsprechend den Beschlüssen des letzten Kongresses nicht stattgegeben werden. Die Franzosen blieben deshalb dem Kongreß fern, auch die Amerikaner waren trotz Einladung nicht erschienen. Mit den Franzosen wurden die Differenzen schließlich beigelegt, so daß die 6. Konferenz in Paris 1909 tagen konnte. Dieses Mal war auch Gompers, der Präsident der American Federation of Labour anwesend.

In seinem Bericht vom Jahre 1909, der der Budapester Konferenz unterbreitet wurde, konnte Legien schon erfreulichere Feststellungen machen. In fast allen Ländern hatte die Arbeiterschaft beachtenswerte sozialpolitische Erfolge errungen. Die amerikanische Gewerkschaftszentrale hatte ihren Anschluß angemeldet, so daß jetzt 20 Länder dem Internationalen Sekretariat angehörten. Im Jahre 1911 wurde die erste größere internationale Hilfsaktion durchgeführt. Für Norwegen wurden 36 887 Mk. gesammelt, für die ausgesperrten Dockarbeiter in London konnten sogar 100 072 Mk. aufgebracht werden. 1912 wurden vier Hilfsaktionen durchgeführt.

Die Konferenz in Zürich (1913) konnte endlich dazu übergehen, auch nach außen hin die Macht der Internationale zu demonstrieren. Das geschah durch den Beschluß, den Namen „Internationales Sekretariat“ in „Internationaler Gewerkschaftsbund“ umzuändern. Legien wurde Präsident des Bundes. Durch die Herausgabe der in deutscher, englischer und französischer Sprache erscheinenden „Internationalen Korrespondenz“ war bereits zu Beginn des Jahres

ein ausgezeichnetes Instrument geschaffen worden, die Landeszentralen zu unterrichten. Der Vormarsch setzte sich in stürmischem Tempo fort. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges hatte Legien ein Büro eingerichtet, in dem 12 Angestellte verschiedener Nationalität als Uebersetzer arbeiteten. Mit dem großen Völkermorden wurde das gerade aufgebaute Werk in seinen Grundmauern erschüttert. Lange Zeit konnte nur indirekt die Verbindung mit den Ententeländern aufrechterhalten werden. Vom Ende des Jahres 1914 bis 1919 unterhielt Jean Oudegeest in Amsterdam im Einverständnis mit Legien eine neutrale Korrespondenzadresse für den IGB. Aus einem Schreiben Legiens an Léon Jouhaux in Paris vom 30. November 1914 mögen folgende Sätze die Stellung der deutschen Arbeiterschaft zum Kriege darlegen:

„Wir verstehen es vollständig, daß die Arbeiterschaft Frankreichs genau wie die Deutschlands in dieser kritischen Zeit bestrebt ist, das Beste des eigenen Landes anzustreben. Wir verdanken es unseren Genossen in Frankreich nicht, daß sie dies tun, wie ich nach Ihrem Schreiben wohl annehmen kann, daß auch Ihrerseits wegen des gleichen Strebens uns keine Vorwürfe gemacht werden. Wir haben bis zum Ausbruch des Kriegs alles getan, was in unserer Macht stand, um den Nationen Europas diese fürchterliche Katastrophe zu ersparen. Daß wir nicht stark genug waren, das Unglück zu verhindern, ist bedauerlich, aber sicherlich nicht unsere Schuld.“

Mit dem Kongreß in Amsterdam begann nach dem Kriege die neue Periode der Gewerkschafts-Internationale. Viel Schutt mußte zwischen den Vertretern der deutschen Arbeiterschaft und denen der Ententeländern weggeräumt werden. Blut und Hunger stand zwischen ihnen. Aber schließlich siegte der Gedanke der internationalen Verbundenheit des Proletariats und man begann, die Fundamente wieder neu zu bauen. Der Internationale Gewerkschaftsbund wurde konstituiert. Appleton (England) wurde Vorsitzender, später von J. H. Thomas und dieser von Citrine (England) abgelöst.

Ganz äußerlich gesehen ist mit der Uebersiedlung des IGB. kürzlich die letzte Erinnerung an den fürchterlichen internationalen Zusammenbruch ausgelöscht. Der IGB. konnte trotz des Austritts oder vielmehr des nicht vollzogenen Beitritts der amerikanischen Gewerkschaften seine Mitgliederzahl von 6 843 909 im Jahre 1914 bis zum Jahre 1924 auf 13 133 004 verdoppeln und seine Macht innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stabilisieren. Nach dem Kriege baten die ungarischen Gewerkschaften und Sozialisten um Unterstützung gegen den weißen Terror. Am 28. Juni 1920 wurde der Boykott gegen Ungarn verhängt. Leider konnte die Aktion nicht mit der gewünschten Vollständigkeit durchgeführt werden. Im Kampf den Polen gegen Rußland führte, erklärte die Amsterdamer Internationale:

„Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziger Soldat soll weiterbefördert werden. Dem Kriege wird keine Nahrung zugeführt.“

Ungeheure Aufgaben wurden gestellt. Soweit das erwachte Proletariat sich in die Front einzugliedern verstand, waren die Kämpfe erfolgreich. Im November 1919 wurde eine großzügige Hilfsaktion für die Wiener Arbeiterschaft durchgeführt. Vom August 1921 bis Ende 1923 wurden für das hungernde Rußland 2 Millionen Gulden aufgebracht. Für die deutschen Gewerkschaften, die während der Inflation fast zusammenbrachen, wurden durch eine internationale Aktion 494 490 holländische Gulden gesammelt. Für den Großkampf der Dänen im Jahre 1925 übergab der IGB. 4 425 201 dänische Kronen. Gegen Reaktion und Faschismus wurde ein fortlaufender Kampf geführt. Dem bereits in dänischer, deutscher, englischer Sprache erscheinenden Presseedienst wurde eine spanische Ausgabe hinzugefügt.

Trotz der Wirtschaftskrise ist der IGB. eine nicht zu unterschätzende Großmacht, der die organisierte Arbeiterschaft in Südafrika, Deutschland, Argentinien, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Kanada, Dänemark, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Holland, Ungarn, Lettland, Luxemburg, Palästina, Polen, Rumänien, Südwestafrika, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Jugoslawien angeschlossen sind. Auch die taktischen Differenzen, die bei Gründung des IGB. zwischen einzelnen Ländern bestanden, sind überwunden. Die taktische und grundsätzliche Einheit, die innerhalb des IGB. erreicht wurde, hat zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit mit der sozialistischen Arbeiter-Internationale geführt. Mit Vertrauen und Sicherheit kann der IGB. in die Zukunft blicken.

Norbert Bachrach.



## Weltkohlenbilanz als Krisenspiegel

Der wirtschaftliche Niedergang, unter dem fast alle größeren Industriestaaten leiden, ist an vielen Merkmalen erkennbar. Die rückläufigen Produktionsziffern, die gesunkenen Aktienkurse, die Handelsbilanzen, die riesigen Arbeitslosenzahlen in vielen Ländern reden eine deutliche Sprache und vermitteln uns den billigen Trost, daß nicht nur Deutschland unter einer schweren Krise leidet. Es fehlt auch nicht an Untersuchungen und Erklärungen über die Ursachen und das Wesen der gegenwärtigen Krise. Nichtsdestoweniger dürfte eine spezielle Betrachtung der Weltkohlenwirtschaft eine besondere Beachtung beanspruchen, weil der Bergbau als Grundlage unserer Industriewirtschaft und als ein statistisch verhältnismäßig günstig durchleuchteter Wirtschaftszweig ein lehrreiches Objekt für eine wirtschaftspolitische Urteilsbildung ist.

Soweit die Gleichartigkeit von wirtschaftlichen Krisenereignissen in Frage kommt, bestätigen die bergbaulichen Produktionsziffern im weltwirtschaftlichen Maßstabe die Richtigkeit der These, daß die Krise keine nationale, sondern eine internationale Angelegenheit ist, vollauf. Als Beweis hierfür mögen die zuverlässigen Feststellungen in dem kürzlich erschienenen Jahresbericht des Reichskohlenverbandes dienen. Nach diesen vorläufigen Erhebungen ist die Stein- und Braunkohlenförderung der Welt im letzten Jahre um 11,7 Proz. gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. In absoluten Zahlen besteht dieser Rückgang in einer Verminderung der Kohlenförderung von 1555,0 Millionen Metertonnen auf 1397,8 Millionen Tonnen. Damit hat die Kohlenförderung der Welt nahezu den Stand von 1913 wieder erreicht. Die Steinkohlenförderung in Höhe von rund 1200 Millionen bewegt sich sogar mit einem Minus von 15 Millionen Tonnen unter dem Stand von 1913. Trotz dieses Rückganges der Produktion wurden die geförderten Kohlen längst nicht alle abgesetzt. Ueber die Halbenbestände in sämtlichen Ländern fehlen in dem Bericht summarische Angaben. Der Hinweis auf die Halbenbestände in Deutschland, die für Steinkohlen gegen Jahreschluß allein 10,4 Millionen Tonnen betragen, zeigt jedoch zur Genüge, daß der Steinkohlenverbrauch noch geringer war, als die Drosselung der Produktion vermuten läßt.

Der Rückgang der Weltkohlenenerzeugung verteilt sich natürlich auf die einzelnen Erdteile und Staaten nicht gleichmäßig. So konnte Europa beispielsweise seinen prozentualen Anteil im Rahmen der Steinkohlenförderung der Welt noch um 1,62 auf 49,91 Proz. steigern, obwohl die absoluten Förderzahlen von 638,2 auf 599,1 Millionen Tonnen zurückgingen. Der Anteil Amerikas dagegen ist fast um den gleichen Prozentsatz gefallen, da die gesamte amerikanische Steinkohlenförderung von rund 565 auf 493 Millionen Tonnen zurückging. Die Ursachen für den stärkeren Rückgang der amerikanischen gegenüber der europäischen Kohlenproduktion werden im Bericht darin gesehen, daß man in Amerika noch weniger soziale Rücksichten auf den Beschäftigungsgrad als bei uns nimmt und man die Halbenbestände in dem europäischen Maße nicht kennt. Sehr beachtlich und typisch ist auch die Verminderung der asiatischen Steinkohlenproduktion von 92,2 auf 84,8 Millionen Tonnen. Die europäische Kohlenförderung verteilt sich in Millionen Tonnen wie folgt:

	1913	1929	1930
England	292,0	262,0	247,7
Deutschland, ohne Saarbezirk, Pfalz, Ost-Oberschlesien u. Elsaß-Lothringen	140,8	163,4	142,7
Saarbezirk	13,2	13,6	13,2
Ost-Oberschlesien	32,3	34,1	28,2
Polen, ohne Ost-Oberschlesien	8,9	12,0	9,3
Elsaß-Lothringen	3,8	6,1	6,1
Frankreich, ohne Elsaß-Lothringen	40,1	47,6	47,8
Belgien	22,8	26,9	27,4
Holland	1,9	11,6	12,2
Tschechoslowakei	14,3	16,8	14,6
Deutsch-Österreich und Ungarn	1,4	1,0	1,0
Rußland	27,3	34,1	39,8
Spanien	4,0	7,1	7,2
Jugoslawien	—	0,4	0,4
Uebrige Länder	0,6	1,5	1,5
Europa	603,4	638,2	599,1

Vergleicht man von diesem Zahlenbild die beiden letzten Reihen, d. h. die Förderung von 1929 und 1930, dann ergibt sich zunächst, daß das Wirtschaftsbild in allen Staaten nicht völlig gleichgeartet ist. Unter den Ländern, in denen die Steinkohलगewinnung eine erhebliche Einschränkung erfuhr, fallen vor

allem die drei europäischen Kohlenexportländer England, Deutschland und Polen auf, und zwar beträgt der Produktionsrückgang in England 5,5 Proz., in Deutschland 12,7 Proz., in Polen 18,7 Proz. und in der Tschechoslowakei 13,0 Proz. Kleinere Staaten und Kohlenimportländer, wie Holland, Belgien, Frankreich usw., konnten dagegen ihre Förderung noch steigern. Wenn die Steigerung der Kohlenproduktion in diesen Staaten auch nur wenige Prozent ausmacht, so berührt diese Tatsache doch ein Kapitel, das in der europäischen Kohlenwirtschaft grundsätzlich die größte Beachtung verdient. Vergleichen wir nämlich einmal auf Grund vorstehender Statistik die europäische Kohlenproduktion von 1913 und den beiden letzten Jahren, dann ergeben sich grundlegende Verschiebungen. Diese Wandlungen bestehen vor allem darin, daß die Kohleneinfuhrländer in steigendem Maße dazu übergehen, ihren Kohlenbedarf, soweit wie möglich, durch eine Eigenproduktion zu befriedigen. Zu welchen Rekordleistungen man dabei kommen kann, zeigt Holland, das seine Kohlenförderung gegenüber der Vorkriegszeit um nahezu das Siebenfache gesteigert hat. Die Erzeugungsgrundlage für Kohlen hat sich trotz vermindertem Verbrauch gewaltig vergrößert, weil die verschiedenen Kohleneinfuhrländer ihre Produktion fortgesetzt zu steigern versuchen. Und so ergibt sich das groteske Bild, daß auf der einen Seite — weltwirtschaftlich gesehen — die Produktion gewaltig gesteigert wird, obwohl der Verbrauch gleichbleibt bzw. zurückgeht. Das Bedenklichste dabei ist aber, daß dieses nationale Streben nach wirtschaftlicher Autarkie sich nicht automatisch und natürlicherweise vollzieht, sondern erst durch handelspolitische Maßnahmen, wie Einfuhrverbote und sonstige protektionistische Maßnahmen, ermöglicht wird.

So zeigt sich die kohlenwirtschaftliche Situation, wenn man von der tatsächlichen Produktion ausgeht. Berücksichtigt man aber nicht nur die tatsächliche Kohlenförderung, d. h. geht man nicht nur von der wirklich geförderten Kohlenmenge, sondern von den Produktionsmöglichkeiten aus, dann wird der Widerspruch noch größer. Die Basis für die Kohलगewinnung hat sich nämlich nicht nur dadurch erweitert, indem die Kohleneinfuhrländer neue Schächte abteufen. Man hat vielmehr auch in den bedrängten Kohlenländern mit Hilfe einer übersteigerten Technisierung die Produktionsanlagen gewaltig ausgebaut. Um nur ein Beispiel zu nennen, sei auf den Ruhrbergbau verwiesen, wo die Syndikatsbeteiligungsziffer am 1. April d. J. 169,5 Millionen Tonnen, die letzte Jahresförderung aber nur 107,1 Millionen Tonnen betrug.

Von einer planmäßigen Kohlenwirtschaft kann man demnach keineswegs sprechen. Es ist vielmehr so, daß die Feststellungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes bezüglich der Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrise, auf den Bergbau angewandt, als zutreffend zu bezeichnen sind, wenn u. a. gesagt wird: „Der Produktionsapparat der Weltwirtschaft sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft ist seit dem Kriege gewaltig angeschwollen. Aber die Erzeugnisse, die produziert werden können, können keinen Absatz finden. Hat die Akkumulation von Profiten zugereicht, den Produktionsapparat in wenigen Jahren in unerhört schnellem Tempo auszubauen und zu vervollkommen, so hat das Anwachsen der Löhne in derselben Zeit nicht zugereicht, den Konsum der Massen im gleichen Maße zu vergrößern, wie die Produktionsfähigkeit der Industrie und der Landwirtschaft vergrößert worden ist. — Die Krise der Weltwirtschaft hat diese protektionistischen Tendenzen noch wesentlich verschärft. Die Staaten versuchen es, sowohl die Industriekrise als auch die Agrarkrise mit protektionistischen Methoden zu bekämpfen. Selbst in den Ländern, die bisher am Freihandel festgehalten haben, sind protektionistische Tendenzen erstarkt.“

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich nun aus dem angedeuteten Tatbestand? Soweit durch die Sonderinteressen einzelner Staaten die weltwirtschaftliche Produktionsgrundlage in unsinniger Weise erweitert und ausgebaut wurde, wird nur eine internationale Zusammenarbeit und Verständigung diesen anarchischen Zustand beseitigen können. Darüber hinaus wird die Arbeitnehmererschaft auf internationaler Grundlage mit aller Kraft dafür kämpfen müssen, daß die kapitalistischen Sünden der Ueberkapitalisierung, die zwangsläufig zu einer Selbstkostenkrise führen müssen, nicht auf Kosten der breiten Masse verewigt werden. Neben dieser wirtschaftspolitischen Tagesaufgabe muß aber mehr denn je unser Bestreben dahin gehen, das heutige überaus fehlerhafte Wirtschaftssystem durch eine planmäßige Ordnung zu ersetzen.

## Gespräch mit einem Briefträger

Er ist der Mann, der überall hin darf, aber nirgends hinein. Er kommt gerade nur bis an die Wohnungstür und kann durch den geöffneten Spalt einen Blick in Wohnzimmer oder Küche werfen, aber eintreten läßt man ihn, zum Unterschied vom Geldbriefträger, nicht oder nur dann, wenn er einen rekommandierten Brief bringt oder die Radiogebühr kassiert. Hin und wieder verleitet ihn wohl eine Hausgehilfin oder auch die Hausfrau selbst zu einem kleinen Plausch, aber lange darf er nicht bleiben, und schon gar nicht auf einen Imbiß, weil ja seine schwere Pflicht ihn weiterführt, treppauf, treppab. „Oh, es ist nur der Briefträger!“ hört er aus mancher Wohnung einen enttäuschten Ausruf. Da hat vielleicht irgendeine Gnädige oder eine höhere Tochter auf den Liebhaber gewartet und ärgert sich, weil der Lärm der Klingel nur den Briefträger angekündigt hat. Sie wird sich noch mehr

ärgern, wenn sie erst sieht, daß er ihr den Abschiedsbrief des so heiß Ersehnten gebracht hat. — Ihm, dem Briefträger, ist das so ziemlich schnuppe. Er trägt das Schicksal eines ganzen Häuserrayons in seiner schwarzen Ledertasche; man sollte glauben, daß er Einzelschicksalen mit bestem Willen kein besonderes Augenmerk widmen kann. Er dient der Masse Mensch, deren Leben in breitem Strom gleichmäßig dahinfließt, hier Wellental Schmerz, dort Wellenberg Lust, er trägt in seiner großen Ledertasche Geschäftsbriefe, Liebesbriefe, Mahnbrieft, Gerichtsbriefe; Zeitungen, Rechnungen, Reklamedrucksachen, Geburts- und Todesanzeigen und Festwunschkarten. Was er dem einzelnen bringt, müßte ihm, durch Gewohnheit, eigentlich längst einerlei sein. Aber dennoch, und dies ist bewundernswert, ist sein Herz für die meisten seiner Klienten durchaus nicht verhärtet, er hat, außer der Erfüllung seiner Dienstpflicht, hier und dort auch noch für ein bißchen menschliche Anteilnahme Zeit, er verbröckelt vergeblich wartende: „Das nächste Mal wieder!“, er reicht dem Studenten mit einem Schmunzeln: „Don der Mutter!“ den Brief aus der Heimat.

Ich habe mit dem Briefträger, der mir die Post bringt, näher Fühlung genommen. Schon in den ersten Minuten unseres Gesprächs bei einer Tasse Kaffee konnten wir beide eine berufliche Verwandtschaft feststellen. Er leitet als Mittler menschliche Interessen zueinander, entzündet durch seine Botendienste Leidenschaften, wohlthätige sowohl wie verderbliche, er sorgt dafür, daß der Blutstrom des Stadtlebens alle ihm anvertrauten Adern und Aderchen des großen Organismus, dem wir angehören, unaufhörlich durchspült, er bringt das tägliche Feuerwerk unseres Willens zur Explosion, er gehört zu jener Art Werkstätiger, die man die Katalysatoren der Gesellschaft nennen könnte. Mit dem Namen Katalysator bezeichnen die Chemiker ein Element, das, mit zwei oder mehreren anderen Elementen in Verbindung gebracht, diese zur gegenseitigen Reaktion anregt, ohne sich dabei zu verändern. (So zerlegt ein Stückchen Platinschwamm, auf Wasser geworfen, dieses unter heftiger Hitze- und Dampfentwicklung und es entsteht Knallgas.) Katalysatoren wären nach diesem Vergleichsbild also alle, die die einzelnen Elemente der Gesellschaft zueinander in Beziehung bringen, Entfernungen überbrücken helfen. Das ist, um nur wenige Beispiele zu nennen, etwa der Chauffeur, der Angestellte der Straßenbahn, der Botengänger, die Telephonistin, der Agent, der Journalist und der Briefträger.

Ein großer französischer Maler hat den Briefträger in diesem Sinne dargestellt: ein Mann in einer kleidsamen Friedensuniform, dessen Kopf von Blumengarben umsprüht ist. Das soll ausdrücken: er ist für uns alle ein Freudenbringer. Aber er selbst? Das Gesicht des Briefträgers auf dem französischen Bilde ist düster und ernst.

Nun, für meinen Briefträger trifft dieses Bild glücklicherweise nicht zu. Er ist ein quicklebendiger Bursche, stets vergnügt, von immer guter Laune.

Wann und womit beginnt der tägliche Dienst des Briefträgers? Etwa, um ¼6 Uhr früh, mit dem „Auswerfen“, das heißt dem Verteilen der angesammelten Post. Ein Verteilungsbeamter hat die Tischarbeit, er legt die Post häußerweise zusammen, die Briefträger müssen dann die in ihre Fächer eingeteilten Sachen noch nach Stockwerken ordnen. Dierzig und mehr Briefträger, je nach der Größe des Rayons, finden sich jeden Morgen und Mittag in einem Postamt ein, und etwa um 10 Uhr die, die den zweiten Bestellgang haben. Jeder hat fünfzig bis sechzig Häuser zu besuchen, das sind sechshundert bis achthundert Parteien und mehr, sein Arbeitspensum richtet sich nach Stockwerken. Man kann sich vorstellen, daß sich einer die ersten paar Male, solange er's nicht gewohnt ist, von diesem vielen Treppensteigen zu Tode erschöpft fühlt und des Nachts im Bett mechanisch mit den Füßen weiter-

steigt. Wollte man die Länge des täglich auf- und abgestiegenen Weges berechnen, käme eine ansehnliche Bergtour zusammen. — Selten nimmt den Briefträger jemand im Lift mit. Wie die Parteien zum Großteil überhaupt nicht sehr entgegenkommend sind. Es gibt da allerhand verkaufte Wesen, pedantische Individualisten, die hier und dort im Mauerwerk der Großstadt horsten und, wie in allem, auch bezüglich ihrer Briefpost ganz besondere Wünsche haben. Bei der einen Partei muß er die Post unter der Tür hineinschieben und dann anklopfen, bei der andern darf er bloß schieben und nicht klopfen, bei der dritten muß er klopfen — es mag schwer sein, bei sechzig Häusern alle diese vorgeschriebenen Riten im Kopf zu behalten, aber wenn der Briefträger dagegen verstoßt, bestraft ihn oft übles Geheiß. Er denkt sich sein Teil. Er kennt die intimsten Schwächen jeder Partei. Er weiß die Liebhaber und die Gläubiger nach dem Briefumschlag zu unter-

scheiden, er weiß, daß die junge Witwe, die außer Haus aufgebrennt wie die Lieblingsfrau eines Maharadschas dahinstolzert und so vornehm ist, daß sie den Gruß des Briefträgers nicht erwidert, daheim in Fegen einhergeht und ihren Kindern nichts zu essen gibt, er weiß noch manches andere...

Aber er macht von seinem Wissen keinen Gebrauch. Es hindert ihn nicht nur sein Dienst, es hindert ihn auch sein männlicher Charakter und die Menschenfreundlichkeit, die man als Briefträger haben muß. Er deutet nur an, daß man ihm manchmal die sonderbarsten Dienste zumutet. Immer wieder einmal will „wer über wen was wissen, oder es ist jemand taktlos genug, ihn gebührenfrei zum Liebespostillon ernennen zu wollen, oder einer überfieht die Würde seines Amtskleides und möchte ihm, „weil er doch jeden Tag kommt“, andre private Bestellungen auftragen.

Womit er sich in seiner freien Zeit beschäftigt? Mit Sport nicht. Vielleicht gibt es auch unter den Briefträgern ausübende Sportler — mein Briefträger gesteht es jedenfalls —, und sein Gesicht bekommt auf einmal einen müden Ausdruck, daß er nach täglich achtstündigem Treppensteigen zu außerdienstlicher körperlicher Übung zu erschöpft ist. Aber er betreibt gern Musik. Er bläst in der Postkapelle die Trompete, deren rotgelben Metallklang wir ja seit Anno Posthorn mit dem Postwesen geistig in Verbindung bringen.

Und wie er sich nun von mir verabschiedet, weil seine junge Frau daheim schon auf ihn wartet, und ich ihn über die Straße gehen sehe, in Zivil, ein Namenloser, aber einer der mächtigsten Namenlosen in unserem Alltag, wie man ihm überall als alten Bekannten freundlich zunickt und er mit vergnügtem Schmunzeln lustige Wädelblicke einheimst, da ist mir, als klinge diesem prächtigen Menschen das Lied voraus: „Trara, die Post ist da! Trara, die Post ist da! Don weitem hört man schon den Ton, sein Liedchen bläst der Postillon...“ F. R. e. s. u. l. k. a. i. „Arb.-3tg.“ Wien.

### Die kapitalistische Führung

hat die Wirtschaft in eine heillose Unordnung gebracht. Kallos stehen die Unternehmer den Geistern gegenüber, die sie mit ihrer Fier nach Profiten, mit ihrer Lohnabbauparole und ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften herbeigerufen haben. Durch die Schuld und durch den Leichtsin einiger weniger Wirtschaftsjührer werden unzählige Fabriken stillgelegt, müssen Zehntausende von fleißigen Arbeiterhänden feiern und Hunderttausende von Kindern und Frauen hungern. Das

### muß ein Ende haben.

Es darf nicht länger sein, daß eine Handvoll Unternehmer und Kapitalisten das Schicksal von Millionen in Händen hat. Der Kapitalismus ist unfähig, solche Krisen wie die jetzige zu vermeiden, er ist nicht mehr imstande, der arbeitenden Bevölkerung Lohn und Brot zu sichern. An seine Stelle muß der Sozialismus treten; die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung muß durch die sozialistische Gemeinwirtschaft ersetzt werden, in der alle Arbeitenden Frieden, Freiheit und Brot haben. Willst du das, so stärke unsere Bewegung, wirb für den Gesamtverband.

### Wir wollen den Sozialismus!



## „Wahn-Europa 1934“

### II.

Der französische Präsident Lamoine hat den Generalstabschef Audinot erjucht, die militärpolitische Lage klar darzulegen. Audinot spricht:

„Politik interessiert mich nur, soweit sie ins militärische Gebiet übergreift. Ich beabsichtige nicht, Ihre rein politischen Gebetsflüsse zu beeinflussen. Zu meinem Ressort gehört nur die Ankurbelung der Kriegsmaschinen für den Fall, daß die Staatskunst ihren Leerlauf erlebt.“ Er schweigt eine Minute, dann fallen wieder kurz und eckig seine Sätze: „Jedes Kind weiß, daß ein kommender Krieg keine Partei zu dreien sein wird, sondern daß ein Weltkrieg letzten Ausmaßes ins Rollen käme. An dieser Tatsache ändert auch nichts die naive Bereitwilligkeit gewisser Regierungen, die Neutralität wahren zu wollen. Insbesondere hätte sich Berlin binnen drei Stunden zu entscheiden, ob es mit uns oder gegen uns marschiert. Gründe: Unser jugoslawischer Bundesgenosse wird von den überlegenen Heeren Italiens, vermutlich auch Bulgariens und Griechenlands angepackt werden. Unmittelbare Unterstützung durch Frankreich ist Vorbedingung für die Entwicklung einer günstigen Kampflage. Die Kooperation der französischen Heere mit den Südslawen und im weiteren Verlauf mit den Tschechen, Rumänen und Polen ist nicht von der französisch-italienischen Grenze her zu erreichen, die Alpen schließen Angriffsoperationen großen Stiles aus. Bleibt also den französischen Armeen der Weg durch Süddeutschland und Oesterreich. Der Herr Ministerpräsident hat mich informiert, daß Berlin die militärische Allianz mit Frankreich ablehnt. Tief bedauerlich, daß es unserer Politik versagt blieb, deutsche Menschenkraft, deutsche Industrie und deutsches Organisationsgenie an unsere Interessen zu ketten! Also Deutschland wird Feindgebiet sein! Es ist entwaffnet, wie Oesterreich und Ungarn. Die militärischen Kampfkraft, auch wenn sie durch Volksaufstand unterstützt werden, sind zwar nicht als Bagatellen einzuschätzen, aber ein Bruchteil der französischen Heermasse wird genügen, Deutschland, Oesterreich und Ungarn binnen drei, vier Wochen zu besetzten Gebieten zu machen, ihren militärischen Wert zu vernichten. Damit ist dann unser Anschluß an unsere Verbündeten sichergestellt. Die Abrechnung mit den maßgebenden Gegnern kann beginnen: mit Italien und Rußland.“ Pause. Audinots Stimme wird schärfer und energischer. „Der Ausgang eines modernen Krieges liegt, weit mehr als früher, schon in seiner Eröffnung beschlossen. Rücksichtsloser Offensivgeist wird unsere Kriegsführung kennzeichnen. Der richtige und überraschende Einfaß der Luftstreitkräfte muß bereits die Lähmung der Gegner herbeiführen. Es ist deshalb sehr zweifelhaft, ob in Zukunft die Partner ihre Kriegsabsicht durch vorangehende formelle Kriegserklärungen preisgeben! Das Moment der Ueberraschung wird sich kein Generalstab für seine Luftarmeen entgegen lassen. Moralische Bedenken werden belanglos. Es ist ein Kampf auf Sieg oder Untergang, nach ethischen Grundsätzen kann nicht mehr gestagt werden. Ebenso wenig hat man zwischen kämpfender Front und Hinterland zu unterscheiden. Die Länder werden in ihrer Gesamtheit zu Kriegsschauplätzen. Verwüstungen im Innern Frankreichs, Massensterben der Bevölkerung infolge feindlicher Luftangriffe, Verzweiflungsaktionen der ausgewählten Massen — das alles muß als unerbittliche Folge eines modernen Krieges mit kalter Ueberlegung in Rechnung gestellt werden. Da anzunehmen ist, daß unsere Gegner zur Verseuchung unseres Volkskörpers sich auch des Bazillenkrieges bedienen werden, sind die gleichen Kampfmittel selbstredend auch auf unserer Seite vorbereitet. Unsere industriellen Anlagen, Hauptstädte, Eisenbahnen, Flughäfen, die Zentren wirtschaftlichen Lebens bilden die natürlichen Angriffsziele der gegnerischen Luftflotten. Die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen die zugemuteten harten Opfer abzuschätzen, ist Sache des Staatsmannes, nicht des Generalstabschefs. Ich habe nur die Maschine des Krieges zu bedienen. Was zur Abwehr und Milderung feindlicher Luftangriffe beitragen kann, ist gründlich vorbereitet. Trotzdem sei nicht verschwiegen, daß das Zerstörungswerk feindlicher Geschwader nur sehr begrenzt aufzuhalten ist.“ — Der General bleibt jetzt stehen, läßt zum erstenmal seine ruhigen, kühlen Augen über die Gesichter streifen, die ihm ernst und sorgenvoll zugewandt sind. „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder Sie renken die gefährliche politische Lage ohne Verzug wieder ein, vielleicht nehmen Sie auch ein kleines Opfer eher in Kauf als die Unsicherheit und Schrecken eines Waffenganges — oder sie halten an Ihrem politischen Ziel fest, sei es auch um den Preis geopferter Millionen und Goldmillarden: dann befehlen Sie mir, den Schutz

des Landes sicherzustellen. Man hat bereits Dorwürfe gegen mich erhoben, daß ich Politik treibe. Bitte, meine Herren: man bereitet den schlimmsten Fall vor oder man trägt Sorge, daß dieser schlimmste Fall nie eintritt! Eins oder das andere. Sonst fühle ich mich ohne Verantwortung.“

\* \* \*

Als Europa an diesem Morgen aus traumzerquätem Schlaf erwacht, schreien in allen Hauptstädten die Zeitungshändler die neuen Meldungen in die Morgenluft: „Heute entscheidende Kammer Sitzung in Paris!“ — „Das Duell Saint Brice — Brandt!“ — „Italiens geheimer Aufmarsch!“ — „Endkampf zwischen Imperialismus und Weltgewissen!“ — „Die deutsche Sphinx!“ — „Die Drohung der Union!“

Der Rücktritt Brandts war gestern am Abend in Europa bekannt geworden. Er rief eine betäubende Wirkung hervor. Bankrott der Friedenspolitik! — konstataren die Völker mit hohen Augen.

Gegen Mitternacht waren die Aktionskomitees der „Union“ in den offenen Kampf eingetreten. In Berlin, London, Wien und Warschau, in allen Hauptstädten empfangen die Regierungen die Forderungen der vereinigten Gewerkschaften eines Erdteils: „Jede Regierung hat zu erklären, daß sie den Krieg als Instrument der Politik ablehnt; daß sie ferner die Mobilmachung oder Kriegserklärung eines Staates mit europäischem Boykott beantworten wird. Die „Union“ wird — bleiben ihre Forderungen unerfüllt — in dem betreffenden Land den Generalstreik anordnen.“

Die Wirkung war ungeheuer. Sie lähmte die Entschlußkraft der Kabinette. — In London erklärte sich die Regierung ohne Zögern in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Gewerkschaften. Sie war zu klug, um sich in gefährlicher Stunde mit der Masse des Volkes zu überwerfen. Sie fühlte sich zugleich erleichtert, ihre Verantwortung auf die breiten Schultern der Nation abladen zu können. Sie erblickte aber auch im Vorgehen der „Union“ ein starkes Mittel, Rom und Paris zum Einlenken zu bewegen.

In Warschau empfing der polnische Diktator die Abgeordneten der „Union“ überhaupt nicht, sondern ordnete den Belagerungszustand an. Fester denn je war Polen mit Frankreich zusammengekittet. Stürzte in Paris der Baron Saint Brice und kam Léon Brandt an seine Stelle, dann mußte Versailles zum toten Buchstaben werden! Aber Versailles bildete das Fundament polnischer Souveränität! Der Streit Frankreichs war der Streit Polens!

In Prag nahm die Regierung das Ultimatum der „Union“ schweigend entgegen. Sehn Minuten später herrschte Belagerungszustand.

Die Reichsregierung in Berlin wählte den goldenen Mittelweg. Sie entsagte weder ihren heimlichen Wünschen noch verdarb sie es mit den mächtigen Gewerkschaften. „Krieg? Kein Gedanke!“ erklärte der Reichskanzler den Abgesandten der „Union“. „Wir verwerfen auch nicht den Gedanken, ein kriegführendes Land zu boykottieren, sofern es deutschen Interessen entspricht. Aber wollen die deutschen Gewerkschaften den günstigen Augenblick verpassen, Europa auf eine neue, gesunde Basis zu stellen? Dieser Augenblick ist jetzt da, meine Herren! Gut, ein Generalstreik verhindert vielleicht günstigenfalls den Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Italien. Ist damit die Krankheit behoben? Kommt damit die Wirtschaft auf die Beine? Vermutlich wird nur das Chaos heraufbeschworen, meine Herren! Der Bolschewismus als Schlüsselpunkt hinter dem Chaos, das die „Union“ so wenig wünscht wie wir! Sie möchten doch in Paris eine Regierung Brandt sehen, nicht wahr? Deutschland hat nicht das geringste dagegen! Im Gegenteil! Mit Herrn Brandt werden wir gedeihlich arbeiten! Nun, Saint Brice fürzt um so sicherer, je mehr sich der außenpolitische Druck für Frankreich steigert! Verstehen Sie mich, meine Herren? Der Druck von Italien her und die kühle Haltung vom Rhein her müssen zusammenwirken, Saint Brice zu Fall zu bringen. Der Kampf wird in Paris entschieden! Brandt oder Saint Brice! Wenn Sie jetzt mit Generalstreik kommen, gibt möglicherweise Saint Brice klein bei, alles schwingt ins alte Gleichgewicht zurück, falls nicht, wie gesagt, das Chaos allen die Rezepte verdirbt!“

Das Komitee wurde schwankend. Dem klugen Reichskanzler war schwer zu widersprechen. Zum Schluß kam die Kompromißformel heraus: Die deutsche Regierung mißt sich in keiner Weise in den französisch-italienischen Streit ein. Krieg liegt für Deutschland außerhalb jeder Zielsetzung.

## FORTBILDUNG UNSERER FUNKTIONÄRE

### Doppelverdiener

Das Wort „Doppelverdiener“ hat in unserer heutigen Zeit einer geradezu katastrophalen Wirtschaftskrise und einer damit in engstem Zusammenhang stehenden trostlosen Lage auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine üble Bedeutung bekommen. Und in der Tat, auf der einen Seite Millionen von Arbeitslosen, die trotz aller Bemühungen nirgends Arbeit finden können und der öffentlichen Fürsorge anheimfallen, auf der anderen zahlreiche Arbeitnehmer, die entweder selbst neben ihrem eigentlichen Hauptberuf noch eine mehr oder weniger einträgliche Nebenbeschäftigung ausüben oder bei denen außer dem Hauptnährer der Familie noch Frau und Kinder mitverdienen.

Der Begriff „Doppelverdiener“ ist nur schwer erschöpfend zu bestimmen, denn er umfaßt so viele Möglichkeiten, aber auch so verschiedenartig gelagerte Lebensverhältnisse, Lebenspflichten und Lebensbedingungen, daß man nicht alles wahllos in einen Topf werfen kann. Vom arbeitsmarktpolitischen Standpunkt aus könnte man folgende Personen als Doppelverdiener bezeichnen:

1. Personen in einer gesicherten Lebensstellung mit an sich auskömmlichen Bezügen, die neben ihrem regelmäßigen Hauptberuf während ihrer Freizeit noch eine mit Entgelt verbundene Nebentätigkeit als Arbeitnehmer in einem gleichen oder anderen Beruf ausüben.

2. Selbständige Gewerbetreibende oder in freien Berufen tätige Personen (z. B. Landwirte), die neben ihrem eigentlichen Beruf noch anderweit als unselbständige Arbeitnehmer tätig sind.

3. Ruhegehalts-, Wartegeld- oder Rentenempfänger, die neben ihren Versorgungsbezügen noch Verdienst aus bezahlter Arbeitnehmertätigkeit erzielen.

4. In häuslicher Gemeinschaft lebende Familienangehörige (Mann, Frau und erwachsene Kinder), von denen mehrere Personen gleichzeitig berufstätig sind und zu den Kosten des gemeinsamen Haushalts gleichmäßig beitragen.

Demgegenüber muß man allerdings vom persönlichen, rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet zugeben, daß es in allen vier Kategorien zahlreiche Sonderfälle geben kann, bei denen man bei der Beurteilung des Doppelverdienens einen nicht allzu strengen Maßstab anlegen darf.

Schon im Jahre 1923, als die wirtschaftlichen Verhältnisse noch lange nicht so ungünstig lagen wie heute, wurde der Mißbrauch des Doppelverdienens in den weitesten Kreisen der Bevölkerung als ein unbedingte Abhilfe erfordernder Uebelstand empfunden. So wurde auf dem Deutschen Städtetag im März 1923 eine Entschließung gefaßt und dem Reichsarbeitsminister zur Zustimmung und weiteren Veranlassung vorgelegt, nach der die Gemeinden durch Gesetz ermächtigt werden sollten, Arbeitgeber zum nächsten Erwerbslofer zur Freimachung solcher Arbeitsstellen anzuhalten, in denen Doppelverdiener beschäftigt wurden. Diese Anregung des Deutschen Städtetages hat der Reichsarbeitsminister an die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands zur gutachtlichen Stellungnahme weitergeleitet. Von Arbeitgeber wie auch von Arbeitnehmerseite sprach man sich jedoch gegen diese Anregung aus und begründete den ablehnenden Standpunkt damit, daß nach den bisherigen Erfahrungen eine durchaus einwandfreie und wirklich zuverlässige Prüfung der persönlichen Verhältnisse der Doppelverdiener ohne peinlichste Ermittlungen so gut wie unmöglich sei, daß sich aber selbst bei sorgfältigster Abwägung des Für und Wider oft unberechtigte Härten kaum vermeiden lassen. Aus diesen Gründen dürfe also keinesfalls ein gesetzlicher Zwang zur Entlassung von Doppelverdienern angewendet werden. Mit Rücksicht auf diesen beiderseits vertretenen ablehnenden Standpunkt beschränkte sich der Reichsarbeitsminister darauf, in einem Schreiben an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf den bestehenden Mißstand hinzuweisen und den Arbeitgebern nahezu legen, in erster Linie die Neueinstellung sogenannter Doppelverdiener künftig möglichst zu vermeiden, dann aber auch bereits vorhandene Doppelverdiener durch Erwerbslose zu ersetzen, soweit dies nach den Betriebsverhältnissen und unter Vermeidung ungerechtfertigter Härten im Einzelfalle möglich war.

Das Schreiben des Reichsarbeitsministers hat leider die erhoffte Wirkung nicht gehabt. Die Zahl der Doppelverdiener blieb auch weiterhin außerordentlich groß, wie eine im Jahre 1925 vorgenommene Berufszählung ergab. Aus den damaligen statistischen Unterlagen ergab sich, daß von etwa 35,8 Millionen hauptberuflich tätigen Personen 3,7 Millionen noch einen Nebenberuf ausübten.

Unter 12,7 Millionen verheirateten Frauen waren 28,7 Proz. hauptberuflich erwerbstätig. Nach einer Zählung von Anfang 1930 standen ferner 4½ Millionen Rentenempfänger aus der Sozialversicherung und der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Kapitulanten und ehemalige Beamte in bezahlter Arbeitnehmertätigkeit. Ueberaus groß war auch und ist noch jetzt die Zahl der in einer wirtschaftlichen Einheit lebenden Familienangehörigen, von denen mehrere gleichzeitig beruflich tätig sind. Aus der Berufszählung von 1925 ersehen wir, daß in 13,1 Millionen Familien, in denen der Familienvorstand hauptberuflich erwerbstätig war, außerdem noch 12,7 Millionen hauptberuflich erwerbstätige Familienmitglieder gezählt wurden. Diese Feststellung erfaßt nicht nur die minderbemittelte Bevölkerung, sondern auch den sogenannten Mittelstand. Noch heute findet man zahlreiche Familien selbst wirtschaftlich besser gestellter Volkskreise, in denen nicht nur das Familienoberhaupt, sondern noch mehrere Kinder zugleich eine gut bezahlte Lebensstellung innehaben.

Aus neuerer Zeit sind leider genauere Unterlagen über die Zahl der Doppelverdiener nur vereinzelt vorhanden. Jedenfalls ist aber ihre Zahl noch sehr beträchtlich und wirkt sich deshalb dauernd ungünstig auf die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes aus. Und so haben sich denn seit geraumer Zeit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Organisationen aller Art, Behörden und politische Parteien die gemeinsame Aufgabe gestellt, die kritische Frage des Doppelverdienens in irgendeiner Form einer annehmbaren Lösung entgegenzuführen. Vorschläge mannigfachster Art wurden gemacht, wobei besonders lebhaft auch die Frage der Erwerbsbedürftigkeit in die Erörterung gezogen wurde, ein für die Befreiung des Doppelverdienens sehr bedeutungsvolles Moment. Auch Maßnahmen praktischer Art wurden von einzelnen Länderregierungen, Stadtverwaltungen usw. durchgeführt, aber alle diese Schritte waren trotzdem nur ungenügend und nicht geeignet, die Doppelverdiener erschöpfend zu erfassen und sie vom Arbeitsmarkt auszuschalten.

Immer wieder wurde von maßgebenden Seiten aus das Verlangen gestellt, mit gesetzlichen Mitteln energische Abhilfe zu schaffen. Zur Lösung der immer kritischer werdenden Arbeitslosenfrage wurde eine besondere Gutachterkommission eingesetzt, die sich auch eingehend mit dem schwierigen Problem der Doppelverdiener beschäftigte. Die Beschlüsse dieser Gutachterkommission liefen letzten Endes darauf hinaus, daß Eingriffe auf gesetzlichen Wege nicht verlangt werden sollten. Man begründete diesen Standpunkt hauptsächlich damit, daß niemandem das Recht auf Arbeit beschnitten werden dürfe, und zwar schon deshalb nicht, weil z. B. in der Fürsorgepflichtverordnung jedem zur Pflicht gemacht werde, seine ganze Arbeitskraft für sich und seine Familie einzusetzen. Auch der Maßstab des „Nicht-auf-die-Arbeit-angewiesen-Seins“ könne nicht immer ausschlaggebend sein, denn in der augenblicklichen wirtschaftlichen Notzeit, die täglich neue Ueberwachungen bringe, wisse niemand, der heute noch über mehrere Einnahmequellen verfüge, ob er nicht morgen vor einem Nichts stehe. Ueberhaupt sei die Frage der sogenannten „Erwerbsbedürftigkeit“ sehr vorsichtig zu beurteilen, denn es sei sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich, bei der Prüfung der ganz verschiedenartig gestalteten Einzelfälle stets den jeweils richtigen und gerechten Maßstab zu finden. Ein Vergleich mit den Verhältnissen unmittelbar nach dem Kriege während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung, d. h. Anfang 1919, sei abwegig, denn damals handelte es sich darum, den von freiwilligen, nicht auf direkten Erwerb angewiesenen Arbeitskräften überfluteten Arbeitsmarkt für die große Menge der zurückströmenden Kriegsteilnehmer frei zu machen und so den Kriegszustand wieder in eine normale Friedenswirtschaft überzuleiten.

Besonders schwierig gestalteten sich bei den Beratungen der Gutachterkommission die Verhandlungen über das freiwillige oder zwangsweise Ausscheiden verheirateter Beamtinnen. Eine Minderheit verlangte, daß auf Grund einer gesetzlichen Regelung allen im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst befindlichen weiblichen Beamten das Dienstverhältnis unter Gewährung einer angemessenen Abfindungssumme gekündigt werden müsse, und zwar auch bei lebenslänglicher Anstellung. Dagegen betonte die Mehrheit der Verhandlungsteilnehmer, daß eine solche Maßnahme einen Eingriff in die verfassungsmäßig garantierten Rechte der weiblichen Beamten bedeute. Ueberdies sei die Zahl der wirtschaftlich hinreichend gesicherten verheirateten weiblichen Beamten so gering, daß durch ihre Ausschaltung eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes kaum eintreten würde. Dagegen empfahl die Mehrheit, durch Ge-



währung von Abfindungssummen einen Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden zu geben, wovon sich wiederum die Minderheit in Anbetracht der hierbei bereits gewonnenen Erfahrungen keinen greifbaren Erfolg versprach.

Auf Grund eines weiteren Beschlusses hat alsdann der Reichsarbeitsminister erneut ein Rundschreiben an die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerichtet, in dem unter Hinweis auf die Bestimmungen in den §§ 78 ff. BRG. den Arbeitgebern zur Pflicht gemacht wird, gemeinsam mit den Betriebsvertretungen dafür zu sorgen, daß bei Einstellungen und Entlassungen die sozialen Verhältnisse des einzelnen ausschlaggebend berücksichtigt werden. Dabei soll auch geprüft werden, ob etwaige Doppelverdiener, d. h. also Arbeitnehmer mit anderweit gesichertem Einkommen, vorhanden sind, die ohne unbillige Härte und ohne Verletzung der Betriebsinteressen durch erwerbslose Personen ersetzt werden können.

Nach § 78 Ziffer 8 BRG. gehört es zu den Aufgaben der Gruppenräte oder, wo solche nicht bestehen, der Betriebsräte, nach Maßgabe der §§ 81 bis 83 BRG. mit dem Arbeitgeber Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern in den Betrieb zu vereinbaren. Dies ist für den Bereich der Deutschen Reichspost zwar bereits geschehen (§ 2 des TD.), in den vereinbarten Richtlinien fehlen aber bisher irgendwelche Bestimmungen über die Behandlung der Doppelverdiener. Der Reichsarbeitsminister empfiehlt in seinem Rundschreiben den Tarifvertragsparteien, sich, soweit dies noch nicht geschehen, über die Beachtung des Beschlusses der Gutachterkommission ins Benehmen zu setzen. Die Gewerkschaften werden zu erwägen haben, ob und mit welchen Vorschlägen sie wegen etwaiger Ergänzung der tariflichen Bestimmungen an das RPKM. herantreten sollen. Bezüglich der Entlassung von Arbeitnehmern gibt § 84 BRG. das Recht des Einspruchs insbesondere in den Fällen, wenn sich die Kündigung als eine unbillige Härte darstellt. In künftigen Einspruchsverfahren wird es mehr denn je Sache der Betriebsvertretungen sein müssen, zusammen mit den Dienststellen im Sinne des Beschlusses der Gutachterkommission die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse der Bekündigten auch vom Standpunkt des Doppelverdieners aus sorgfältig zu prüfen.

Bestimmte Richtlinien lassen sich dafür natürlich nicht aufstellen. Man muß bei den Doppelverdienern unbedingt streng unterscheiden, ob es sich um Leute handelt, die bei ausreichendem Einkommen ohne zwingenden Grund einer Nebenbeschäftigung nachgehen, nur um für sich eine bessere und angenehmere Lebenshaltung, einen über die wirklichen und zeitgemäßen Bedürfnisse hinausgehenden Lebensaufwand zu ermöglichen, oder ob das Streben nach vermehrten Einkünften aus der Not der Zeit geboren ist. Gerade bei der minderbemittelten Bevölkerung wird letzteres wohl immer der Fall sein. Man sollte also auf jeden Fall bei der Prüfung der sozialen Verhältnisse des einzelnen niemals nach schematischen Grundätzen verfahren. (Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch einmal an die Ausführungen Leiparts zur Frage der erwerbsfähigen Frau als Doppelverdiener erinnern, die er auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress machte. — Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 37 Sp. 611/612.)

W. Cauße.

## Internationale Rundschau

Der französische Gewerkschaftsbund. In seiner heutigen Form besteht der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund jetzt gerade zehn Jahre. Im Juli 1921 fand der Gewerkschaftskongress in Lille statt, bei dem die Kommunisten einen starken Vorstoß gegen die Leitung des Gewerkschaftsbundes unternahmen. Als damals in Lille der Vorsitzende der Liller Gruppe des französischen Baugewerksbundes sprach, schossen die Kommunisten gegen ihn etwa zehn Revolverkugeln, die erfreulicherweise nur die Pflanzen neben der Rednertribüne trafen. Nach dem Kongress von Lille schufen die Kommunisten zunächst ein „Comité syndicaliste révolutionnaire“, das dann später die „Confédération générale du travail unitaire“ wurde. Monmousseau, der heutige Leiter des kommunistischen Gewerkschaftsbundes, war bereits damals einer der Hauptagitatoren der Kommunisten, während Monate, der damals auch für die Kommunisten das große Wort führte, nachdem er aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde, heute nach seinem Wiedereintritt in den Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund (Confédération générale du travail) keine Rolle mehr spielt. — Im Jahre 1922 gaben die Kommunisten für ihren Gewerkschaftsbund 525 000 Mitgliedskarten aus, der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund hatte damals nur 427 000 Mitglieder. Aber heute muß der kommunistische Gewerkschaftsbund zugeben, nur noch 255 000 Mitglieder zu besitzen, während sich die Mitgliederzahl des

Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes in den letzten zehn Jahren in folgender Art weiterentwickelte: 1923 396 268, 1924 427 302, 1925 515 013, 1926 526 439, 1927 538 892, 1928 601 027, 1929 656 156, 1930 700 154. Man rechnet damit, daß in diesem Jahre etwa 800 000 Mitgliedskarten ausgegeben werden können. Alle wichtigen sozialen Gesetze werden nur unter der Mithilfe des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes ausgearbeitet. So lag auch dem 27. französischen Gewerkschaftskongress (vom 15. bis 18. September in Paris) ein Bericht über die Aktivität des Gewerkschaftsbundes in den letzten Jahren vor, der von der praktischen Durchsetzung zahlreicher Gewerkschaftsforderungen und der tätigen Mithilfe bei der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetze handelt, deren wichtigstes das Gesetz über die Einführung der Sozialversicherungen in Frankreich ist. Als im Jahre 1929 der letzte französische Gewerkschaftskongress tagte, unternahm noch die Arbeitgebererschaft einen verzweifelten Ansturm auf das Prinzip des Gesetzes, während sie heute nur noch versucht, gegen die Art seiner Durchführung aufzutreten. — Vor allem wendet sich der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund einer Neuorganisation seiner Propagandamethoden zu. Drei ständige Propagandaredner sollen künftig überall in Frankreich zur Erläuterung und zur Stützung der Gewerkschaftsforderungen Versammlungen abhalten, ein eigenes gewerkschaftliches Auskunftsbüro soll in Paris zur laufenden Dokumentierung über alle Gewerkschaftsfragen geschaffen und sogar das Radio bei der Propaganda verwandt werden. — Auch dem Unterricht in der Schule und nach der Schulzeit und seiner Reformierung gilt jetzt eine der Hauptarbeiten des französischen Gewerkschaftsbundes. Man denkt an die Errichtung einer Arbeiterhochschule, die vielleicht nicht so sein wird wie die deutsche in Bernau oder die belgische in Uccle, die den Franzosen zu geschlossen erscheinen, sondern ein allen Gewerkschaftsmitgliedern offenes Institut in Paris in der Nähe des Schulviertels. — In der Richtung dieser verschiedenen Pläne gibt der jetzige Pariser Kongress der französischen Gewerkschaftsbewegung einen neuen Impuls, der zweifellos geeignet sein wird, dem Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund neue Anhänger zu bringen.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die preussische Notverordnung vom 12. September tritt in ihren wesentlichen Bestimmungen am 1. Oktober in Kraft. Sie bringt Aenderung von Besoldungsgeetzen, Neuregelung von Kinderbeihilfen und Ausgleichszulagen und Sonderbestimmungen für die Gemeinden. Die Aenderung des Landeswahlgesetzes senkt durch Erhöhung der notwendigen Stimmen für einen Abgeordneten von 40 000 auf 60 000; die Zahl der Abgeordneten von 450 auf 300.

In Braunschweig wurde am 15. September als Nachfolger des zurückgetretenen Innenministers Franz von der Nationalsozialist Klages mit 20 gegen 19 Stimmen gewählt. Franz von der Nationalsozialist Klages hat auch sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niedergelegt.

Eine Notverordnung über Banken, Aktien und Justiz hat die Reichsregierung am 16. September beschlossen. Die Mitgliederzahl der Aufsichtsräte und die Aufsichtsratsmandate in einer Hand werden begrenzt.

Das Stillhalte-Abkommen, das zwischen den deutschen Banken und den Bankgruppen in elf Ländern abgeschlossen wurde, ist durch die Unterschriften der Beteiligten nunmehr in Kraft getreten.

Ein neuer Reichsgerichts-Senatspräsident ist in der Person des Reichsgerichtsrats Gündel gegen die Stimmen der preussischen Staatsregierung bestätigt worden.

In der englischen Marine ist auf einem großen Teil der Kriegsschiffe am 16. September ein Streik der Matrosen entstanden, der sich gegen die Soldkürzung richtete. Die Regierung sah sich zum Nachgeben gezwungen.

Die Arbeitslosigkeit in England hat den winterlichen Höchststand vom vergangenen Jahre bereits um 108 000 überschritten. Die Gesamtzahl beträgt zurzeit 2 800 000.

Ein Sprengstoffattentat auf den Budapest D-Zug wurde in der Nacht vom 12. zum 13. September bei Batorbágy (Ungarn) verübt. Der Zug stürzte von einem Viadukt herunter. 25 Tote und viele Verletzte wurden geborgen.

Der französische Gewerkschaftskongress ist am 15. September in Paris zusammengetreten. Der französische Gewerkschaftsbund zählt zurzeit 800 000 Mitglieder. Der kommunistische Gewerkschaftsbund befindet sich zwar in fortgeschrittenem Rückgang, hat aber doch noch 200 000 Anhänger.

Für völlige Unabhängigkeit Indiens hat sich Mahatma Gandhi, der Vertreter der größten Partei Indiens, am 15. September auf der Indientenkonferenz in London ausgeprochen.

Die Londoner Börse wurde für den 21. September geschlossen. Die Bank von England stellt die Goldzahlungen ein und erhöht den Diskont auf 6 Proz.

## Kollege Emil Dittmer 25 Jahre Redakteur der „Gewerkschaft“

Der junge Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter befand sich nach zehnjährigem Bestehen im Jahre 1906 in einer ersten Vorstandskrise. Der Vorsitzende Bruno Poersch hatte sein Amt niedergelegt und war aus dem Verbandsausgesehen. Im Verhältnis zur Größe des Verbandes war der Vorstand ungenügend besetzt und der Redakteur Heinrich Bürger verzichtete auf eine Wiederwahl. So hatte der Verbandstag in Mainz im Mai des Jahres 1906 die nicht leichte Aufgabe der Neubesezung des Vorstandes zu lösen. Nach langen Auseinandersetzungen fiel die Wahl des Vorsitzenden auf den Bezirksleiter des Verbandes in Leipzig, Kollegen Albin Mohs, der das Amt bereits einige Wochen provisorisch verwaltet hatte. Das neugeschaffene Amt des zweiten Vorsitzenden wurde dem Hilfsarbeiter im Hauptbüro, Kollegen Oskar Kiesel, übertragen, die Wahl des Redakteurs fiel auf den ersten Bevollmächtigten der Filiale Berlin, Kollegen Emil Dittmer.

Am 1. Oktober 1906 trat der neue Redakteur sein Amt offiziell an. In Wirklichkeit zeichnete er aber schon die Nummer 38 der „Gewerkschaft“, die am 21. September erschien, verantwortlich. In dieser Nummer führte sich Dittmer als Redakteur mit einer Erklärung: „An die Leser!“ ein, die ein Redaktionsprogramm darstellte. Dittmer sagte zu, daß er bestrebt sein werde, im Sinne des in Mainz beschlossenen Verbandsprogramms die Haltung unseres Organs einzurichten. Insbesondere werde die „Gewerkschaft“ das Koalitions- und Streikrecht der Gemeinde- und Staatsarbeiter verteidigen und der Kommunal- und Sozialpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die „Gewerkschaft“ solle ein Spiegelbild der Organisation sein und durch allgemeine Aufklärungs- und Belehrungsartikel zu einer Leuchte der Mitglieder werden. Im Sinne dieses Programms hat Kollege Dittmer nicht nur 25 Jahre lang unsere „Gewerkschaft“ geleitet, sondern auch sonst in Wort und Schrift, in Versammlungen und auf Kongressen gewirkt. Stets beschäftigten sich seine Gedanken mit dem Aufbau unserer Zeitschrift, um sie für den Leser immer interessanter zu gestalten. Mit aller Energie hat er, wo sich nur immer Gelegenheit bot, die Interessen der Gemeinde- und Staatsarbeiter verteidigt. Er war ein Stürmer und Vorwärtsdränger im besten Sinne des Wortes. So blieb es auch nicht aus, daß die durch sein Temperament hart angegriffenen Gegner sich beleidigt fühlten und in vielen Fällen unseren Emil vor den Kadi zitierten. Meistens kam er ja glimpflich davon. Aber die Beleidigungsprozesse, die der allgewaltige Kadi direktor Winter in Hamburg gegen Dittmer und den Kollegen Schönberg-Hamburg anstrebte, trugen unserem Ebi eine Geldstrafe von 500 Mk. und Schönberg eine Gefängnisstrafe von vier Monaten ein. Daß Dittmer im Verhältnis zu Schönberg so billig wegkam, lag daran — so erklärte Dittmers Verteidiger Dr. Herz —, daß die Berliner Richter die „Größe“ eines Hamburger Kadidirektors nicht genügend zu würdigen wußten.

Dittmers Tätigkeit als Redakteur, Vorstandsmitglied, Agitator und Organisator war stets auf das Positive eingestellt. Er haßt alles Negierende. Darum war er auch in allen wichtigen Fragen, die das Verbands- und Gewerkschaftsleben berührten, ein guter Ratgeber, dessen Wort viel galt und der die Geschicke des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und die von ihm betriebene Politik stark beeinflusste. Er war der eifrigste Verteidiger der Betriebsorganisation und über den Rahmen des Gemeindearbeiter-Verbandes hinaus der eifrigste Befürworter gewerkschaftlicher Konzentration. Seine Reden auf unseren Verbandstagen und auf den Gewerkschaftskongressen zeugen davon insbesondere, und seine Schrift „Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften“ fand starke Beachtung. So ist es auch ganz natürlich, daß er den Zusammenschluß der bekannten vier Verbände zum Gesamt-Verband befürwortete, wenn er auch der Art der Verschmelzung kritisch gegenüberstand. — Die Vielseitigkeit, die unseren Jubilar auszeichnet, seine pädagogische Begabung und sein starkes Eintreten für die gewerkschaftliche Durch- und Weiterbildung der Verbands- und Gewerkschaftsmitglieder, brachten es nicht nur mit sich, daß ihm der Verbandsvorstand die Leitung unseres Bildungswesens übertrug, sondern in zahlreichen Kurzen unserer Verbands- und anderer Gewerkschaftsschulen, der von Wilhelm Liebknecht gegründeten Berliner Arbeiterbildungsschule und anderen Bildungsveranstaltungen trat Dittmer als Lehrer auf. Groß ist die Zahl der Funktionäre in Partei und Gewerkschaft, die ihm ihre Fortbildung danken.

Wie auf gewerkschaftlichem, so auch auf politischem Gebiete. Dittmer ist heute noch ein begehrter Redner für politische Versammlungen. Außerordentlich fruchtbar war seine mehrjährige

Tätigkeit als Berliner Stadterordneter für die Gemeindegewerkschaft, insbesondere für die Kollegenschaft im Gesundheitswesen. Wenn das Pflegepersonal der städtischen Krankenhäuser Berlins sich heute der besten Ausbildung im ganzen Reiche erfreut, so ist es in erster Linie dem Kollegen Dittmer zu verdanken, der im Verein mit dem verstorbenen Stadterordneter, Genossen Dr. Wenf, eine Verfügung des Magistrats durchsetzte, die obligatorisch die Ausbildung des Berliner städtischen Pflegepersonals anordnet. Inzwischen übt Kollege Dittmer seit elf Jahren die Tätigkeit als Stadtrat im Verwaltungsbezirk Kreuzberg in Berlin aus, wo er das Bildungsbezernat und das der Jugendpflege verwaltet.

Die „Gewerkschaft“, das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist das Hauptorgan des Gesamt-Verbandes geworden und ihr Redakteur sein Hauptschriftleiter. Die Tätigkeit, die Dittmer in 26 Jahren als Filialkassierer und -bevollmächtigter, als Redakteur und Vorstandsmitglied im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband entfaltet hat, setzt er nun seit bald zwei Jahren im Gesamt-Verband fort. Auch heute noch sind seine Gedanken dauernd auf den Ausbau unserer Presse, auf die Weiterbildung der Mitglieder, auf zweckmäßige Organisation des Verbandes, auf Agitation und Werbung gerichtet.

Wir wünschen ihm bei seiner körperlichen und geistigen Frische, die ihn erfreulicherweise noch immer auszeichnet, daß er noch viele Jahre diese fruchtbringende Arbeit ausübt, zum Segen der im Gesamt-Verband vereinigten Arbeitnehmer, zum Segen der modernen Arbeiterbewegung.

Georg Renner.

## RUNDSCHAU

Das Ergebnis der Leipziger Herbstmesse. Die Aussteller der Leipziger Herbstmesse 1931 sind zum größten Teil mit recht geringen Erwartungen zur Messe gefahren. In solchen Notzeiten wie gegenwärtig erwartet niemand große Geschäfte. Ausgestellt hatten 6793 Firmen gegenüber 7625 Firmen auf der Herbstmesse 1930. Angesichts der starken Krise ist ein Rückgang um 832 Firmen als nicht erheblich zu bezeichnen. Von den einzelnen Branchen waren Haus- und Küchengeräte und Metallwaren mit 756 Ausstellern am stärksten vertreten. Spielwaren wiesen 685, Glas, Porzellan und Steingut 653, Textilwaren 655, Papierwaren, Bilder, Bücher und Bürobedarf 573, Kurz- und Galanteriewaren 508, Möbel 436 Aussteller auf. Bezüglich der Besucherzahl der Messe durch Einkäufer wurden die Erwartungen teilweise übertroffen. Vom Ausland waren Einkäufer aus Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, England, Frankreich, den süd- und südosteuropäischen Ländern, aus Nordamerika und aus Südamerika erschienen. — Das Angebot in Neuheiten war in allen Branchen ziemlich groß. Die Industrie war bestrebt, die Kauflust durch Neuheitenangebot zu beleben, die Qualität zu erhöhen und den Preis so niedrig wie möglich zu halten. Die Nachfrage richtete sich vor allem auf den Winterbedarf, Geschenkartikel usw., wobei vor allem billige Preislagen bevorzugt wurden. Die Aussteller waren von dem Betreiben besetzt, den Einkäufern so weit wie möglich entgegenzukommen, um Bestellungen zu erzielen. Der niedrige Stand des Kaufkraftniveaus und die Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Wochen hat die deutschen Einkäufer zu einer Zurückhaltung gezwungen, die naturgemäß die Höhe der Aufträge merklich beeinflusst hat. Die Bestellungen gingen deshalb etwas lebhafter ein, weil die Lagerhaltung sowohl beim Großhandel als auch beim Kleinhandel gegenwärtig sehr geringfügig ist. Teilweise handelt es sich naturgemäß um Probebestellungen, die vielleicht später größere Aufträge nach sich ziehen werden. Das Ausland war als Einkäufer auf der Leipziger Messe viel besser vertreten, als man erwartet hatte. Die Auslandskundenschaft nahm begreiflicherweise die Gelegenheit wahr, der exporthungrigen deutschen Industrie gewisse Preiszugeständnisse abzugewinnen. Man kam aber den Einkäufern in den meisten Fällen schon so weit entgegen, daß diese mit den von deutschen Fabrikanten gestellten Bedingungen einverstanden waren. Soweit das Ausland als Aussteller auftrat, waren 20 Länder vertreten. Neu hinzu gekommen war Spanien mit 33 Firmen. Es würde zu weit führen, alle Branchen durchzugehen, die auf der Messe vertreten waren. Am besten abgegrenzt hat die Möbelmesse, weil sehr viele Möbel in den letzten Wochen verkauft wurden. — Alle Messegeschäfte hängen letzten Endes von der Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung ab. Liegt diese derart danieder wie gegenwärtig, dann muß ein schlechtes Messegeschäft herauskommen. Die Industrie muß sich deshalb den Rat merken, den ihr der Amerikaner Filene auf der Messe gab: „Wer Waren erzeugt und verteilt, muß auch Kaufkraft erzeugen und verteilen!“